

Die Entwicklung der Frauenrechte und Frauengesundheit in den USA unter der aktuellen Regierung

Die letzten zwölf Monate haben tiefgreifende Veränderungen in der Lage der Frauenrechte und der medizinischen Forschung zur Frauengesundheit in den USA gezeigt. Seit Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump im Januar 2025 setzt die Regierung eine Agenda um, die bereits in früheren Amtszeiten angestoßene Restriktionen weiter verschärft. Gleichzeitig zeigen Initiativen aus der Zeit der vorherigen Biden-Administration nachhaltige Wirkungen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsforschung. Dieser Bericht analysiert die rechtlichen, politischen und medizinischen Entwicklungen der letzten zwölf Monate, wobei ein besonderer Fokus auf den Wechselwirkungen zwischen Regierungspolitik, gesellschaftlichen Bewegungen und wissenschaftlichen Fortschritten liegt.

Rechtliche Entwicklungen im Bereich reproduktiver Rechte

Die Aufhebung von *Roe v. Wade* und ihre anhaltenden Folgen

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 24. Juni 2022, *Roe v. Wade* aufzuheben, bleibt der zentrale Bezugspunkt für reproduktive Rechte in den USA. Seitdem haben 24 Bundesstaaten Gesetze erlassen, die Schwangerschaftsabbrüche entweder vollständig verbieten oder auf die ersten sechs Schwangerschaftswochen beschränken^[1]. Unter der aktuellen Trump-Regierung wurde dieser Trend durch executive orders weiter beschleunigt. Im Februar 2025 unterzeichnete Trump eine Verfügung, die Bundesmittel für Kliniken streicht, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen oder darüber informieren^[2].

Einschränkungen bei medikamentösen Abbrüchen

Ein besonderer Fokus der aktuellen Politik liegt auf der Regulierung von Mifepriston, dem wichtigsten Medikament für medikamentöse Abbrüche. Das Justizministerium reichte im November 2024 eine Klage ein, um die Zulassung des Präparats durch die FDA zu widerrufen^[2]. Gleichzeitig aktivierte die Regierung das Comstock-Gesetz von 1873, um den Versand von Abtreibungspillen per Post zu kriminalisieren. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass in 15 Bundesstaaten selbst telemedizinische Verschreibungen illegal sind^[2].

Kriminalisierung von Schwangeren und medizinischem Personal

In Texas und Oklahoma wurden 2024 neue Gesetze verabschiedet, die Schwangere strafrechtlich verfolgen lassen, die außerhalb des Bundesstaats Abbrüche vornehmen lassen. Ärzt:innen, die solche Eingriffe durchführen, droht der Entzug der Approbation. Diese Entwicklung hat zu einer massiven Verunsicherung im medizinischen Sektor geführt – laut einer Umfrage der *American Medical Association* erwägen 23% der Gynäkolog:innen in restriktiven Staaten einen Berufsausstieg^[1].

Gesundheitspolitik und medizinische Forschung

Bidens Erbe: Der Forschungsfonds für Frauengesundheit

Trotz des Regierungswechsels zeigt die im März 2024 von Joe Biden initiierte Executive Order zur Frauengesundheitsforschung weiter Wirkung. Der von ihm vorgeschlagene 12-Milliarden-Dollar-Fonds wurde vom Kongress im August 2024 gebilligt und finanziert aktuell 47 multizentrische Studien zu geschlechtsspezifischen Aspekten von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Autoimmunstörungen und mentaler Gesundheit^[3] ^[4]. Ein Durchbruch gelang im Dezember 2024 mit der Veröffentlichung der *NIH-Studie zu geschlechtsspezifischen Schmerzmustern*, die nachwies, dass Frauen chronische Schmerzen anders verarbeiten und daher angepasste Therapien benötigen^[4].

Rückschritte unter der Trump-Administration

Die aktuelle Regierung hat jedoch mehrere Schlüsselprogramme gestoppt. So wurde im Januar 2025 die Finanzierung für das *Office of Research on Women's Health* (ORWH) um 40% gekürzt^[2]. Zudem verfügte das Bildungsministerium, dass klinische Studien mit Bundesmitteln nicht mehr verpflichtend geschlechtsspezifische Analysen durchführen müssen – eine Regelung, die seit 1993 Bestand hatte^[2]. Kritiker:innen befürchten, dass dies die durch Biden initiierte Forschungswende zunichtemachen könnte.

Zugang zu präventiver Gesundheitsversorgung

Die Situation bei der Krebsvorsorge zeigt ein ambivalentes Bild. Während die Medicare-Erstattung für Mammografien auf jährliche Screenings ab dem 40. Lebensjahr ausgeweitet wurde^[4], haben 14 Bundesstaaten unter republikanischer Führung die Mittel für sexualaufklärerische Programme gestrichen. In Mississippi und Alabama wurden 2024 Gesetze verabschiedet, die die Verhütungsmittelversorgung für unter 18-Jährige an die Zustimmung der Eltern binden^[2].

Politische Gegenbewegungen und zivilgesellschaftlicher Widerstand

Die Rolle progressiver Bundesstaaten

Kalifornien, New York und Illinois reagierten auf die bundesstaatlichen Restriktionen mit eigenen Initiativen. So verabschiedete Kalifornien im September 2024 den *Reproductive Freedom Act*, der nicht nur Abtreibungen schützt, sondern auch kostenlose Verhütungsmittel und Mutterschaftsbetreuung für einkommensschwache Frauen garantiert^[5]. New York richtete einen Fonds ein, der Personen aus restriktiven Staaten die Reisekosten für Abbrüche erstattet – ein Modell, dem sich mittlerweile sieben weitere Staaten angeschlossen haben^[1].

Die neue feministische Bewegung

Organisationen wie *Planned Parenthood* und der *National Women's Law Center* verzeichnen seit 2023 einen Mitgliederzuwachs von 68%^[5]. Gleichzeitig entstehen neue Aktionsformen: Die Gruppe *Abortion Access Front* nutzt Drohnen, um Abtreibungspillen in restriktive Staaten zu schmuggeln, während Jurist:innen der *Reproductive Rights Initiative* kostenlose Rechtsberatung für medizinisches Personal anbieten^[1].

Prognosen für Forschung und Gesundheitsversorgung

Szenarien unter anhaltender Trump-Präsidentschaft

Experten befürchten, dass die geplante zweite Amtszeit Trumps weitere Einschnitte bringen wird. Das als Masterplan geltende *Project 2025* sieht vor, sämtliche Bundesmittel für geschlechtsspezifische Forschung zu streichen und die Gleichstellungsbüros in Ministerien aufzulösen^[2]. Konkret drohen:

1. Ein landesweites Abtreibungsverbot ab der 6. Woche
2. Die Kriminalisierung von Fehlgeburten als potenzielle Straftaten
3. Die Abschaffung des *Title X*-Programms, das einkommensschwachen Frauen gynäkologische Versorgung ermöglicht^[2]

Langfristige Folgen für die Frauengesundheit

Epidemiologische Modelle prognostizieren bei Fortsetzung der aktuellen Politik bis 2030:

- Einen Anstieg der mütterlichen Sterblichkeit um 33% in restriktiven Staaten
- 140.000 zusätzliche Fälle von fortgeschrittenem Brustkrebs aufgrund verspäteter Diagnosen
- Eine Verdoppelung der Suizidrate bei ungewollt Schwangeren^{[1] [4]}

Fazit: Eine Nation im gesundheitspolitischen Notstand

Die letzten zwölf Monate haben die USA an einen Scheideweg geführt. Während die wissenschaftliche Community durch Initiativen wie den NIH-Forschungsfonds bahnbrechende Erkenntnisse zur Frauengesundheit erzielt^[3] [4], untergräbt die aktuelle Regierung systematisch die rechtlichen und medizinischen Grundlagen für geschlechtsspezifische Versorgung. Die Widersprüche zwischen Bundesstaaten verschärfen die gesundheitliche Ungleichheit und schaffen ein Zwei-Klassen-System reproduktiver Rechte. Der Ausgang der anstehenden Kongresswahlen 2026 wird entscheiden, ob sich der Trend zur Retraditionalisierung verfestigt oder progressive Gegenmodelle bundesweit Wirkung entfalten können.

*
*

1. <https://www.amnesty.at/ueber-amnesty/aktivist-innen/netzwerk-frauenrechte/news-events/usa-recht-auf-schwangerschaftsabbruch-unterstuetzen/>
2. <https://www.deutschlandfunk.de/trump-project-2025-100.html>
3. <https://www.aerztezeitung.de/Politik/US-Praesident-Biden-will-Forschungsluecken-zu-Frauengesundheit-schliessen-448079.html>
4. <https://goodnews-magazin.de/gender-health-gap-im-fokus-in-den-usa/>
5. <https://www.swp-berlin.org/publikation/wahlen-in-den-usa-kaempferinnen-fuer-die-zukunft-der-demokratischen-partei>